

BTW 2009 – Interessenvertretung zwischen Wahlen, Wirtschaftskrise und tourismuspolitischen Herausforderungen



© Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

Das Superwahljahr 2009

Die Bundestagswahlen



Schwarz-gelb folgte auf Große Koalition

Am 27. September 2009 hat Deutschland seinen neuen Bundestag gewählt. Relativ schnell nach Schließung der Wahllokale wurde klar: Die Große Koalition war Geschichte. Denn obwohl auch die CDU deutlich Stimmen einbüßte, war die SPD der größte Verlierer der Wahl. Deutliche Zugewinne gab es hingegen für die FDP, die ihr bestes Bundestagswahlergebnis erreichte. Mit einer Verteilung von 239 Sitzen für die CDU/CSU, 146 Sitzen für die SPD, 93 Sitzen für die FDP, 76 Sitzen für DIE LINKE und 68 Sitzen für Bündnis 90/Die Grünen war der Weg für eine schwarz-gelbe Koalition frei.

BTW begrüßt Koalitionsvertrag

Einen knappen Monat später, am 24. Oktober 2009, wurde der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP unterzeichnet. Der BTW begrüßte den Vertrag

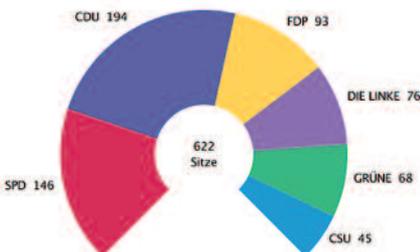
als grundsätzlich richtungweisend, da gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten neben einem Sparkurs auch die Stärkung von Motivation und Leistungsbereitschaft sowie das Freisetzen von Wachstumsimpulsen zentrale Bedeutung haben sollten.

Besonders hervorzuheben war aus BTW-Sicht unter anderem, dass dem Tourismus erstmals ein eigener Passus im Koalitionsvertrag gewidmet wurde, um die Bedeutung der Tourismuswirtschaft und des Tourismusstandortes Deutschland zu unterstreichen. Die touristischen Rahmenbedingungen in Deutschland sollen verbessert, Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratiebelastungen so weit wie möglich reduziert werden.

Positiv bewertete der BTW auch ...

- ... die geplante (und mittlerweile umgesetzte) Senkung der Mehrwertsteuer für die Hotellerie zum 1. Januar 2010 auf sieben Prozent. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz ist ein wichtiger Impuls für den Tourismusstandort Deutschland und hat Benachteiligungen deutscher Betriebe im Vergleich zur europäischen Konkurrenz beseitigt.

Sitzverteilung



- ... das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zu Mobilität, wobei es auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Klima-, Umwelt und Verkehrspolitik ankomme. Die Aufgabe des Staates sei, für eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur zu sorgen und den Unternehmen unter fairen Wettbewerbsbedingungen Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Koalitionäre bekennen sich dazu, die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu erhalten und weiter auszubauen. Diesbezüglich notwendige Investitionen sollen auf hohem Niveau für Straße, Schiene und Wasserstraße sichergestellt werden. Sinnvolle Kriterien für eine Priorisierung der Infrastrukturprojekte sollen entwickelt werden.
- ... dass bei der Einführung des Emissionshandels für den Luftverkehr Wettbewerbsneutralität sichergestellt werden soll.
- ... dass der Ausbau der Flughafeninfrastruktur fortgesetzt werden soll. Hervorheben ist, dass hierzu neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen insbesondere auch die Sicherstellung international wettbewerbsfähiger Betriebszeiten gehören soll. Dazu soll durch eine Präzisierung im Luftverkehrsgesetz eine gleichberechtigte, konsequente Nachhaltigkeitsabwägung von wirtschaftlichen,



betrieblichen und dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen sichergestellt werden.

- ... dass die Realisierung des Single European Sky vorangetrieben werden soll.
- ... dass die Wirtschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Verkehr und Umwelt vor Benachteiligungen im internationalen Wettbewerb geschützt werden soll. Nationale Alleingänge werden abgelehnt.
- ... dass bei der Einrichtung von Umweltzonen und dem damit verbundenen Ziel reduzierter Feinstaubbelastungen in Städten auf Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit geachtet werden soll. Einfahrtverbote sollen dort gelockert werden, wo Einschränkungen in keinem vernünftigen Verhältnis zur erzielten Feinstaubreduzierung stehen. Dazu sollen Ausnahmeregelungen bundesweit vereinheitlicht werden.



„Wir werden den Tourismusstandort Deutschland stärken und zusätzliche Wachstumspotentiale der Tourismuswirtschaft als Jobmotor der Zukunft freisetzen. Dazu werden die touristischen Rahmenbedingungen verbessert und die Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung fortentwickelt. Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratiebelastungen werden so weit wie möglich reduziert. Die Regelungen zur Mehrwertsteuer werden auch mit Blick auf Belastungen für den Tourismus und dessen europäische Wettbewerbssituation strukturell überprüft. Investitionen in touristische Einrichtungen werden gefördert. Dazu wird das vorhandene Instrumentarium genutzt und gegebenenfalls optimiert. Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut. Die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus werden auf hohem Niveau stabilisiert sowie der Messe- und Kongressstandort Deutschland gestärkt. Wir verankern das Ziel der Barrierefreiheit stärker in allen Bereichen, vernetzen Kultur und Tourismus enger, erstellen eine Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum, verbessern die Rahmenbedingungen für Kurorte und Heilbäder und prüfen eine Neuregelung der Kabelweiterleitung zugunsten von Hotels. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit wird intensiviert mit dem Ziel, Verbesserungen bei den in der Länderzuständigkeit liegenden Rahmenbedingungen zu erreichen, wie z. B. bei den Gaststättengesetzen, Entlastungen bei den Rundfunkgebühren sowie eine Ausweitung des Gesamtzeitraums der Sommerferien.“

So lautet der Passus zum Tourismus im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Viele Forderungen des BTW und seiner Mitglieder haben also ein positives Echo im Koalitionsvertrag gefunden. Unsere Branche wird Ernst genommen – das haben wir jetzt schwarz auf weiß!

Begrüßt hat der BTW aber auch das Ziel des Koalitionsvertrags, die Belastungen der Bürger durch hohe Steuern und Abgaben zu senken und so die Kaufkraft zu stärken – und zwar richtigerweise durch strukturelle Reformen. Dadurch werden die Rahmenbedingungen für Konsum verbessert. Das Missverhältnis zwischen der Lust der Bürger aufs Reisen und ihrer Unlust Geld auszugeben, könnte so aufgelöst werden, erklärte BTW-Präsident Klaus Laepple auch im Rahmen seiner Eröffnungsrede des 14. Tourismuskongresses im November.

Allerdings blieben einige wichtige Passagen des Koalitionsvertrages im Unkonkreten. Statt klarer Aussagen verwies das Papier an diesen Stellen beispielsweise auf die Gründung von Untersuchungsaus-

Die Forderungen des BTW-Wahlchecks auf einen Blick

1. Infrastruktur ausbauen – Leistungsfähigkeit unserer

Verkehrswege sichern

- Flughafenkonzept konsequent umsetzen, Flugverkehrsdrehkreuze u.a. in Frankfurt und München bedarfsgerecht ausbauen, wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicher stellen
- Fluggesellschaften von zusätzlichen Kosten entlasten
- Investitionen in Fernstraßen langfristig sichern
- Investitionsstau abbauen
- Schienennetz bedarfsgerecht ausbauen
- Europäischen Schienenverkehr liberalisieren
- Intermodalität der Verkehrsträger stärken

2. Wettbewerb fair gestalten – im Sinne von Unternehmen und Verbrauchern

- Unerlaubte Subventionen für unwirtschaftliche Luftverkehrsanbindungen abbauen
- Steuergerechtigkeit schaffen, d.h. unter anderem
 - Mehrwertsteuer in Gastronomie und Hotellerie senken
 - Mineralölsteuersätze in Europa harmonisieren
 - Ausnahmen für Reisebusse bei der Ökosteuern schaffen
 - Unternehmen- und Erbschaftsteuer mittelstandsfreundlich gestalten
- Passagiernachtflüge weiter ermöglichen
- Ausufernde Fernsehgebühren-Belastung der Hotels stoppen
- DZT-Mittel aufstocken

3. Klimaschutz mit Augenmaß umsetzen – zielgerichtet statt überstürzt

- Ausnahmen für Reisebusse in Sachen Umweltzonen einführen
- Single European Sky endlich umsetzen
- Umweltfreundliche und energiesparende Technologien fördern

4. Kundenrechte sinnvoll sichern – durchdachte Maßnahmen statt Überregulierung

- Sommerferienkorridor ausweiten
- Kundenrechte bei den Verkehrsmitteln gesetzeskonform und europaweit einheitlich umsetzen
- Regelungen für Flüssigkeiten im Flughandgepäck außer Kraft setzen

schüssen, die dem Willen der Koalitionäre zu Folge mit Prüfaufträgen bedacht werden sollen. Einer davon soll sich beispielsweise grundlegend mit dem Mehrwertsteuersystem beschäftigen.

Deshalb wird der BTW 2010 und darüber hinaus genau beobachtet, ob dem „Sollen“ und „Wollen“ der Koalitionspartner auch Taten folgen.

Zahlreiche Wahlcheck-Forderungen aufgegriffen

Mit den genannten Vorhaben und Zusagen im Koalitionsvertrag wurden zahlreiche Forderungen der Tourismuswirtschaft aufgegriffen, die der BTW vor der Wahl unter anderem auch in seiner Bundestagswahlcheckliste veröffentlicht hatte. In diesem Wahlcheck, der insbesondere

allen Direktkandidaten der Wahl zugegangen war, hatte der BTW die wichtigsten Fakten, Folgen politischer Entscheidungen und Forderungen der Branche hinsichtlich zentraler Themen der Tourismuswirtschaft zusammengestellt. Die Kandidaten wurden gefragt, wie sie zu diesen Forderungen stehen und ob sie bereit sind, sich bei entsprechendem Wahlausgang für die notwendigen Rahmenbedingungen stark zu machen.

Insgesamt kamen 144 ausgefüllte Fragebögen von den rund 1.800 angeschriebenen Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien zurück. 136 davon stammten von den 1.500 Direktkandidatinnen und -kandidaten. Die meisten Rückmeldungen (56 ausgefüllte Checklisten) kamen aus den Reihen der FDP, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen (39), DIE LINKE (24), CDU/CSU (16) und SPD (9).

Die größte Zustimmung erhielt die Frage, ob sich die Kandidaten für mehr Steuerbereitschaft einsetzen werden. Hier votierten 130 Kandidaten mit „Ja“ (bei lediglich einem Nein). 125 Kandidaten wollen sich für den Abbau unerlaubter Subventionen unter anderem für unwirtschaftliche Luftverkehrsverbindungen stark machen (1x Nein), 124 für die Förderung der Entwicklung und des Einsatzes neuer Technologien, die zum Klimaschutz beitragen (kein Nein).

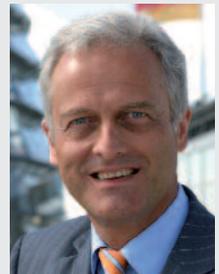
Die meisten „Gegenstimmen“ entfielen auf die Forderungen nach „einem ‚Nein‘ zu zusätzlicher Bürokratie durch eine Schiedsstelle für den Luftverkehr“ (56 x Ablehnung, 64 x Zustimmung), nach „gesetzlichen Klarstellungen und Vorgaben, die Passagiernachtflüge auch künftig ermöglichen“ (54 x Nein, 60 x Ja) sowie nach „Abschaffung mindestens aber Nachbesserung der Erbschaftsteuer“ (53 x Nein, 66 x Ja).

Neue Ansprechpartner für die Tourismuswirtschaft

Auch personell brachten die Ergebnisse der Bundestagswahl und der Koalitionsverhandlungen Veränderungen für die Tourismuswirtschaft: Neuer Bundeswirtschaftsminister und damit Nachfolger von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wurde im Herbst Rainer Brüderle (FDP). An die Spitze des Verkehrsministeriums rückte Peter Ramsauer (CSU), der Wolfgang Tiefensee (SPD) ablöste.



Rainer Brüderle MdB



Peter Ramsauer MdB

Die Europawahlen und der Lissabon Vertrag

Auf EU-Ebene war das Jahr 2009 politisch geprägt von den Wahlen des Europäischen Parlaments im Juni, dem Auslaufen des Mandats der Europäischen Kommission und der Zitterpartie um das Votum der Iren zum Lissabon-Vertrag im Oktober sowie der Unterschrift des tschechischen Präsidenten zu ebendiesem Vertrag im November.

Europa hat ein neues Parlament

Mit einem Sieg für die Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EPP-ED) endeten die Euro-

Fraktion	Anzahl der Sitze	Ergebnis in %
EPP	265	36
S&D	184	25
ALDE	84	11,4
GREENS/EFA	55	7,5
ECR	54	7,3
GUE/NGL	35	4,8
EPD	32	4,3
NA	27	3,7

EPP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

S&D: Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

GREENS/EFA: Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz

ECR: Europäische Konservative und Reformisten

GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

EPD: Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“

NA: Fraktionslos

Quelle: TNS opinion in Zusammenarbeit mit dem EP.



© Kautz15 - Fotolia.com

pawahlen im Juni 2009. Die Fraktion, zu der auch die deutsche CDU/CSU gehört, verbuchte insgesamt rund 36 Prozent aller Stimmen und damit 265 Sitze im neuen Parlament. Die Europäischen Sozialdemokraten (S&D) kamen auf 25 Prozent (184 Sitze), die Europäischen Liberalen (ALDE) erreichten 11,4 Prozent (84 Sitze). 7,5 Prozent der abgegebenen Stimmen (55 Sitze) entfielen auf die europäischen Grünen, die als einzige Fraktion Stimmen hinzugewinnen konnte.

Die meisten Stimmen in Deutschland verzeichnete am 7. Juni mit knapp 38 Prozent die CDU/CSU, die gegenüber der Wahl 2004 (44,5 Prozent) allerdings deutlich verlor. Auch die SPD büßte Stimmen ein und kam nach 21,5 nun auf 20,8 Prozent. Dritte Kraft in Deutschland blieben bei der Europawahl die Grünen mit 12,1 Prozent. Die FDP erreichte 11,0, Die LINKE 7,5 Prozent.

Ergebnisse der Europawahl in Deutschland

CDU	30,7 Prozent (2004: 36,5 Prozent)
SPD	20,8 Prozent (2004: 21,5 Prozent)
GRÜNE	12,1 Prozent (2004: 11,9 Prozent)
CSU	7,2 Prozent (2004: 8,0 Prozent)
DIE LINKE	7,5 Prozent (2004: 6,1 Prozent)
FDP	11,0 Prozent (2004: 6,1 Prozent)
Sonstige Wahl- vorschläge	10,8 Prozent (2004: 9,8 Prozent)

Quelle www.bundeswahlleiter.de

99 der insgesamt 736 Abgeordneten des Europäischen Parlaments stellt Deutschland. Davon entfallen 42 auf CDU/CSU, 23 auf die SPD, 14 auf die Grünen, 12 auf die FDP und 8 auf die LINKE. Die Wahlbeteiligung war europaweit mit rund 43 Prozent (Deutschland: 43,3 Prozent) so gering wie noch nie. Zahlreiche neue Abgeordnete bezogen nach der Wahl ein Büro in Brüssel, viele vorherige Abgeordnete schieden aus. Wahlbedingt hatte das Europäische Parlament 2009 eine besonders lange Sommerpause und war erst seit dem 24. August wieder legislativ aktiv.

Eine weitere deutliche Veränderung für das Europäische Parlament gab es Ende des Jahres. Denn am 1. Dezember 2009 trat – nach langem argumentativen Hin und Her und einer erst im zweiten Anlauf erfolgten Zustimmung der irischen Be-

völkerung – der Lissabon-Vertrag in Kraft. Dieser Vertrag hat die Gesetzgebungskompetenz des Europäischen Parlaments deutlich erweitert. Es bestimmt nun bei fast allen EU-Gesetzen mit und entscheidet über deren Inkrafttreten.

Neue Kommission erst 2010

Die neue EU-Kommission nahm ihre Arbeit erst im Jahr 2010 auf. Gründe dafür waren u.a. das verspätete Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags, komplizierte Verhandlungen zwischen Parlament und Rat über die so genannte interinstitutionelle Vereinbarung und eine erste Kommissarsanhörung mit negativem Ausgang.



Folgende Themen mit tourismuswirtschaftlichem Bezug werden künftig von folgenden Kommissaren verantwortet:



Thema	Kommissar
Verkehr	Siim Kallas, Estland
Tourismus, Industrie, Unternehmen	Antonio Tajani, Italien
Binnenmarkt und Dienstleistungen	Michel Barnier, Frankreich
Verbraucherzivilrecht	Viviane Reding, Luxemburg
Wettbewerb	Joaquín Almunia, Spanien
Sonstige Verbraucherpolitik	John Dalli, Malta
Steuern	Algirdas Šemeta, Litauen
Klimapolitik	Connie Hedegaard, Dänemark
Soziales und Beschäftigung	Laszlo Andor, Ungarn
Inneres und Visa	Cecilia Malmström, Schweden

Spanien übernimmt Ratspräsidentschaft

Bereits klar war zum Jahreswechsel 2009/2010, dass die neue Kommission ihr Arbeitsprogramm an den politischen Leitlinien von Präsident José Manuel Barroso anknüpfen wird. Durch die Neuschaffung des Postens eines Klimakommissars – neben dem bereits vorhandenen Umweltkommissar – wird das Thema Nachhaltigkeit ein Schwerpunkt der Kommission für die nächste Legislaturperiode werden.

Der Europäische Rat startet mit der Ratspräsidentschaft Spaniens im ersten Halbjahr 2010 ins neue Jahrzehnt. Den Verkehr will Spanien nachhaltiger, innovativer und sicherer gestalten. Hinsichtlich des europäischen Tourismus sollen Innovation und Nachhaltigkeit wichtige Rollen einnehmen. Politische Maßnahmen sollen den Tourismus fördern, die Mobilität soll – allerdings unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten – gesteigert werden.